

# Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

## Sunila Abeysekera von UN geehrt

Zu den Trägern des nur alle fünf Jahre von den Vereinten Nationen vergebenen Menschenrechtspreises gehört diesmal Sunila Abeysekera, leitende Direktorin des 'Information Monitor' (INFORM) in Colombo, die sich mit ihrer Organisation seit 1988 für die Verbreitung von Informationen über Vorgänge in ihrem Land, gerade auch im Zusammenhang mit der Menschenrechtssituation, beschäftigt. Das Südasienbüro arbeitet seit langer Zeit eng mit Frau Abeysekera zusammen und verdankt viele aktuelle Informationen zu Sri Lanka nur der umfangreichen Arbeit von INFORM: Unabhängig davon engagiert sich Sunila Abeysekera seit mehr als 30 Jahren speziell für die Rechte von Frauen, ein besonders aktuelles Thema im Kontext des weiterhin andauernden gewaltsamen Konflikts in Sri Lanka. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters sprach die Preisträgerin über die sich verändernde Rolle von Frauen in der srilankischen Gesellschaft. Der Konflikt habe zwar zu einer Traumatisierung geführt, aber gleichzeitig die Rolle von Frauen in der Gesellschaft deutlich gestärkt. "Es gibt in Familien nur die Möglichkeit, daß die Frau die Führungsrolle übernimmt, wenn der Ehemann vermißt wird oder getötet wurde. Das bedeutet erstmals, daß nicht nur die betroffene Gemeinschaft und die Gesellschaft, sondern auch der Staat und seine bürokratischen Strukturen damit zurechtkommen müssen, daß eine Frau die Familie führt", so Abeysekera. "Neben all den schrecklichen Bedingungen, denen Frauen hier ausgesetzt sind, haben diese Faktoren doch die srilankische Gesellschaft dazu gezwungen, ihre Haltung den Frauen gegenüber zu verändern." Abeysekera befaßt sich auch mit der Situation von Frauen, die im mittleren Osten als Hausangestellte arbeiten oder den zahlreichen jungen Frauen, die Arbeit in den Bekleidungsfabriken der Freihandelszonen Sri Lankas gefunden haben. Allein fast 800.000 srilankische Frauen sind im mittleren Osten beschäftigt, davon 65 Prozent als Haushaltskräfte. Für die betroffenen ein Spannungsfeld zwischen ökonomischer Unabhängigkeit und Ausbruch aus zumeist dörflichem Lebensumfeld auf der einen, dagegen oft ausbeuterischen Arbeitsbedingungen auf der anderen

Seite.

Neben Abeysekera wurden vier weitere Preisträger benannt. Die Preisträger wurden in einer Zeremonie anlässlich des 50. Jahrestags der universellen Deklaration der Menschenrechte von UN-Generalsekretär Kofi Annan geehrt.

## Militärische Auseinandersetzungen gehen weiter

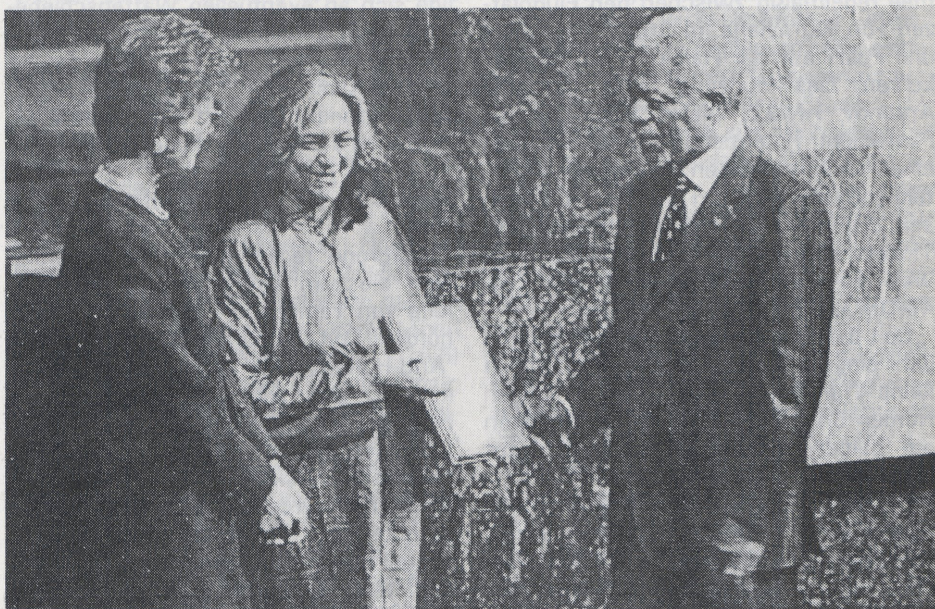
Anfang Dezember gab es erneut einen personellen Wechsel an der Spitze der srilankischen Streitkräfte. Ein neuer Armeekommandeur, General Srilal Weerasooriya, übernahm die Befehlsgewalt. Nach 18 Monaten Dauer wurde überraschend die Armeeoffensive 'Jayasikuru' abgebrochen, in deren Verlauf Tausende von Menschen ihr Leben verloren. Das Ziel der Armee, die vollständige Eroberung der Verbindungsstraße von Vavuniya nach Jaffna, wurde nicht erreicht. 'Jayasikuru' war die bisher blutigste Auseinandersetzung im Kampf zwischen srilankischer Armee und LTTE. Zwar schloß sich im Dezember noch unmittelbar eine kleinere Armeeoperation an, mit der das Militär unter dem Codenamen 'Rivi Bala' (Sonnenkraft) in ein 134 Quadratkilometer großes Gebiet um den kleinen Ort Oddussudan eindrang. Mit dem Einsetzen des Monsuns sind jedoch jegliche Kampfhandlungen in dieser Region mindestens bis Februar gestoppt.

Die Probleme des Nachwuchsmangels

bei der Armee nehmen weiter zu. Daran konnte auch eine neue zweitägige Amnestie für Deserteure, die der neue Befehlshaber ausrief, nichts ändern. Beobachter schätzen, daß derzeit etwa 20.000 Soldaten fehlen. Diese Tatsache und auch offensichtlich eine Änderung der Strategie, die verhindern soll, daß sich die LTTE von der Ostküste um Mullaitivu weiter nach Westen ausbreitet, haben offensichtlich auch zum Abbruch von 'Jayasikuru' geführt.

Die bereits im November aufgekommenen Spekulationen über den Einsatz von Flugzeugen durch die LTTE haben sich inzwischen bestätigt. Bei einer Parade anlässlich des Geburtstags von V. Prabhakaran, dem Anführer der 'Tamil Tigers', präsentierten sich stolz die 'Air Tigers'. Für die Armee sicherlich eine neue, prekäre Situation, hat sie doch in den letzten zwei Jahren durch Unfälle und Angriffe die meisten ihrer Flugzeuge verloren.

Auch im Januar forderte der Krieg neue Opfer. Zusammenstöße mit jeweils zahlreichen Toten gab es in Jaffna, in Mankulam, im Vannigebiet und zahlreichen Regionen der Ostküste. Am 11. Januar kamen bei einem Angriff der Marine auf Boote vor der Ostküste nahe Trincomalee nach sechsstündigen Auseinandersetzungen etwa 30 LTTE-Kader zu Tode, nachdem ihre Boote zerstört worden waren. In einer Armeeaktion im Batticaloa-Distrikt nahe dem Ort Puli-panchikal starben nach Angaben des



Kofi Annan bei der Preisverleihung an Sunila Abeysekera (Foto: INFORM)

Verteidigungsministeriums mindestens 62 Menschen, davon 58 LTTE-Kader und 4 Armeesoldaten.

### Alle Jahre wieder: Kriegsende prophezeit

Nicht zum ersten Mal versprechen Politiker der srilankischen Regierung oder sogar die Präsidentin des Landes der Bevölkerung ein rasches Ende der militärischen Auseinandersetzungen. Anfang Januar war es der stellvertretende Verteidigungsminister, Anuruddha Ratwatta, der entgegen aller Realitäten während einer Parlamentssitzung erklärte: "Ich gebe diesem Hause die Versicherung, daß wir in diesem denkwürdigen Jahr endlich das langersehnte Ziel einer Vernichtung des Terrorismus erreichen und eine neue Ära des Friedens beginnen". Anlaß der Debatte war ein Antrag der Regierung, die derzeit gültige Notstandsgesetzgebung erneut zeitlich zu verlängern.

Einheimische Beobachter teilen die Zuversicht Ratwattas jedoch nicht. Wenige glauben, daß nach vierjähriger Regierungszeit das bisherige Versprechen einer Friedenslösung ausgerechnet jetzt eingelöst wird, nachdem sich die Ausgangslage hierfür kontinuierlich verschlechtert hat.

### Luftwaffe soll Zivilisten transportieren

Nachdem im September des letzten Jahres in Folge eines Flugzeugabsturzes alle privaten Flugverbindungen von Colombo nach Jaffna eingestellt wurden, hat das Verteidigungsministerium grünes Licht für Passagierflüge gegeben, die von der Luftwaffe durchgeführt werden sollen. Ab Ende Januar soll ein Transportflugzeug der srilankischen Armee regelmäßig zwischen den Flugplätzen von Ratmalana im Süden Colombos und Palali auf der Halbinsel Jaffna verkehren. Das Flugzeug, eine russische Antonov AN-32, bietet Platz für 55 Passagiere. Potentielle Reisende müssen einen entsprechenden Antrag beim Verteidigungsministerium stellen, von dessen Zustimmung dann ein Verkauf von Tickets abhängig ist. Ein einfacher Flug wird voraussichtlich umgerechnet ca. 40 DM kosten.

Seit der private Flugverkehr im letzten Jahr eingestellt wurde, gibt es praktisch keine Transportverbindung mehr in den Norden Sri Lankas - Tausende Zivilisten auf beiden Seiten warten seither auf eine Reisemöglichkeit.

Die Ermittlungen zu den Ursachen des Absturzes im September letzten Jahres, bei dem 55 Personen ums Leben kamen, sind weitgehend im Sande verlaufen. Eine von der Regierung eingesetzte

Untersuchungskommission hat bisher keine Ergebnisse gebracht. Bisher wurde noch nicht einmal das Wrack der Maschine gefunden (man vermutet es in Meeresgewässern nahe der Nordwestküste Sri Lankas). Die bis zum Unglückszeitpunkt operierenden privaten Fluggesellschaften 'Lionair' und 'Monara Air' hatten sich nach der Ausrufung des Flugverbots mehrfach vergeblich um ein Wiederaufnahme des Verkehrs bemüht.

### Thailändische Unterstützung für LTTE?

In Thailand sorgte am 11. Januar eine Zeitungsmeldung für Aufsehen. Die Zeitung 'Nation' hatte unter Bezugnahme auf ein Interview mit Sri Lankas Außenminister Kadirgamar über umfangreiche Aktivitäten der LTTE in Thailand berichtet, bei denen Waffen und Munition von Thailands Insel Phuket, aber auch von anderen Orten entlang der thailändischen Küste am indischen Ozean in den Norden Sri Lankas verschifft werden. Laut dem Interview seien derartige Aktivitäten schon seit 1996 bekannt, aber die diesbezüglichen Anfragen der srilankischen Regierung seien bisher von Bangkok nicht beantwortet worden. Dies sei angesichts der exzellenten Beziehungen zwischen beiden Ländern völlig unverständlich. Die Zeitung zitierte weiterhin thailändische Armeeangehörige, die derartige Schmuggelaktivitäten nach Sri Lanka (und auch durch andere Gruppen z.B. nach Burma) und auch eine aktive Teilnahme von thailändischen Soldaten bestätigten. Viele der Militärgegenstände sollen von der LTTE in Kambodscha beschafft worden sein.

Der Zeitungsbericht wurde noch am gleichen Tag von einem Sprecher des thailändischen Militärs strikt zurückgewiesen. Niemand aus der Armee beteilige sich an eventuellen Waffenschiebereien nach Sri Lanka, um damit die LTTE zu unterstützen. In einer Erwidderung drückte Kadirgamar tags darauf in einem BBC-Interview lediglich noch einmal die Hoffnung auf Untersuchungen aus.

### Haftrisiko für Tamilen vermindert?

Aufgrund regelmäßiger Beschwerden über die zum Teil schikanöse Behandlung von Tamilen in Colombo durch Behörden und Sicherheitskräfte hat das 'Anti-Harrassment Committee' angekündigt, daß zum Jahresbeginn neue Regelungen bezüglich der bisher notwendigen Registrierung von Tamilen als "temporary residents" durch die Polizei eingeführt würden. Obwohl das Komitee betonte, daß alle Änderungen nur zum Vorteil der betroffenen Personen vorgenommen würden, wurden kritische Stimmen laut, die von einer weiteren

Verkomplizierung des Verfahrens warnen und darauf hinwiesen, daß nun bei der Registrierung auch noch Kosten für den Antragsteller entstünden.

Am 21. Dezember hat die Polizei nach eigenen Angaben den mutmaßlichen Anführer der Bombenanschläge auf die Zentralbank und das Galadari-Hotel, einen 27jährigen Tamilen aus Batticaloa, verhaftet. Bei zahlreichen Razzien kam es in den vergangenen Wochen zu weiteren Verhaftungen von Tamilen. In einem Haus im Stadtzentrum Colombos wurden größere Mengen der von der LTTE verwendeten Zyanidkapseln gefunden.

36 tamilische Inhaftierte des Gefängnisses in Kalutara haben am 14. Dezember erneut einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Sie wollen damit eine Aufnahme ihrer Verfahren erzwingen, die ihnen bereits vor etlichen Monaten durch die Staatsanwaltschaft zugesichert worden war. Zwei der Hungerstreikenden haben inzwischen versucht, sich durch einen Sprung vom Gefängnisdach das Leben zu nehmen. Sie überlebten mit schweren Verletzungen und befinden sich in kritischem Zustand im Krankenhaus.

### Gewalt gegen Frauen

Eine Sprecherin der Vereinten Nationen hat Anfang Dezember die steigende Mißachtung der Rechte von Frauen in Sri Lanka als Folge des langandauernden militärischen Konflikts beklagt. Rhadika Coomaraswamy, von den Vereinten Nationen zum Thema "Gewalt gegen Frauen" beauftragt, erläuterte weiter, daß die Aufmerksamkeit zunehmend auf Frauen in Flüchtlingslagern und als Soldatinnen gerichtet werden müsse. Viele Situationen, in denen Frauen Gewalt zugefügt wird, seien in der Genfer Menschenrechtskonventionen nicht berücksichtigt. Frauen erführen sexuelle Übergriffe in Flüchtlingslagern, Kürzungen ihrer Essensrationen, Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit.

Sowohl bei den srilankischen Sicherheitskräften als auch in den Reihen der LTTE werden Frauen eingesetzt, für Kampfeinsätze jedoch vorwiegend auf Seiten der LTTE. Nach Schätzungen der Regierung wurden allein in der nördlichen Stadt Jaffna durch die militärischen Auseinandersetzungen in den letzten acht Jahren mehr als 8.000 Frauen zu Witwen. Frau Coomaraswamy forderte eine weitreichendere Aufklärungsarbeit über die bisher nur wenig öffentlich erörterte Situation und appellierte an die Regierung, Übergriffe der Sicherheitskräfte auf Frauen zu unterbinden. In der Vergangenheit waren gerade aus dem durch das Militär kontrollierten Jaffna immer wieder Men-

schenrechtsverletzungen durch Armeeangehörige bekannt geworden.

### Tag der Menschenrechte

Zahlreiche Organisationen nahmen den 10. Dezember als Tag der Menschenrechte zum Anlaß, um ihren Protest gegen vielfältige Mißstände im Land an die Öffentlichkeit zu bringen. Das 'Coordinating Committee for Peace and Right to Life of Border Villagers', das sich besonders mit dem Schicksal von Menschen entlang der Grenzgebiete zwischen Regionen mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Regionen unter militärischer Kontrolle befaßt, hielt Demonstrationen ab, in deren Folge auch die Ergebnisse einer dreimonatigen Untersuchung und Zeugenbefragung in derartigen Dörfern bekannt gemacht wurden.

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie 'Movement for Interracial Justice and Equality', 'Centre for the Study of Human Rights', oder dem 'Law and Society Trust' veranstalteten eigene Demonstrationen und Kundgebungen.

Auch in Batticaloa, Trincomalee, Vavuniya und Jaffna fanden Veranstaltungen und Protestmärsche statt, die weitgehend durch lokale Gruppen und Organisationen vorbereitet worden waren.

Der 10. Dezember war in Sri Lanka aber leider auch ein Tag von massiven Menschenrechtsverletzungen. In den frühen Morgenstunden griff eine bewaffnete Gruppe in Battaramulla neun junge Männer an, die sich im Hungerstreik in der Nähe des 'Samurdi'-Büros befanden. Alle Opfer wurden bei dem Angriff verletzt, einer von ihnen schwer. Sie alle waren als "Animateure" für das 'Samurdi'-Programm ausgewählt worden, einer Aktion der Regierung zur Unterstützung von Menschen auf Dorf- und Gemeinschaftsebene. Während der letzten beiden Jahre hatten viele der "Animateure" Druck auf die Regierung ausgeübt, um eine angemessenere Bezahlung und dauerhafte Beschäftigung zu erhalten. Einige in dieser Hinsicht besonders lautstarke Personen waren dann aber durch die Regierung von der Liste gestrichen worden. Der Hungerstreik der neun jungen Männer stand im Zusammenhang mit diesen Vorgängen.

### Informationen frei zugänglich?

In einem erneuten Appell an die srilankische Regierung hat sich die Organisation 'Article 19', eine Gruppe, die seit langem gegen Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit arbeitet, und ihren Sitz in Großbritannien hat, gewandt. Sie fordert darin eine sofortige Aufhebung der Zensurmaßnahmen, die im Rahmen der landesweiten Notstands-

regelungen vor mehr als sechs Monaten erlassen wurden sowie Maßnahmen zur Garantie der Pressefreiheit.

Im Dezember war die bisherige Aufgabe der Zensur von Berichten über den Krieg im Lande von militärischen in zivile Hände übergeben worden. Zuständig ist jetzt der Direktor für Information, Ariya Rubasinghe, der bei seiner ersten Pressekonferenz nicht versäumte, alle Journalisten zur strikten Einhaltung aller Anordnungen der Regierung zu ermahnen.

Der leitende Direktor von 'Article 19', Andrew Puddephatt, bedauerte den Schritt der erneuten Ernennung eines Beauftragten für die Zensur von militärischen Nachrichten. Das Problem, nicht unabhängig über die Ereignisse in den Kriegsregionen berichten zu können, werde auf unerträgliche Weise verlängert. Nur so sei es der srilankischen Regierung möglich, die tatsächliche Zahl der Opfer des Konflikts, die Höhe der Kriegskosten und das Ausmaß der Vertreibung von Zivilisten zu verschleiern.

Im Fall eines gewalttätigen Übergriffs auf einen Journalisten wurde jetzt dem Opfer durch den 'Supreme Court' eine Schadensersatzleistung zugebilligt. Sumith Jayantha Dias, ein Programmverantwortlicher der halbstaatlichen Fernsehgesellschaft ITN hatte u.a. gegen den stellvertretenden Minister für Häfen und Schifffahrt, Reggie Ranatunga, Anzeige erstattet, da er bei Filmarbeiten in Gampaha im Januar 1997 körperlich angegriffen worden war. Dias hatte gefilmt, wie Anhänger des Ministers einen Lastwagen in Brand setzten. Mitarbeiter des Ministers hatten anschließend versucht, ihm gewaltsam die Kamera zu entreißen.

Das Gericht ordnete eine Entschädigungszahlung in Höhe von umgerechnet 1.250 DM von Ranatunga an Dias an. Die Regierung und andere Beteiligte wurden zu einer Zahlung von insgesamt weiteren 2.500 DM verurteilt.

### Konfliktlösung nicht auf der Tagesordnung

Die Freiräume, in denen sich für Sri Lanka eine Friedenslösung anbahnen könnte, waren auch während der letzten zwei Monate sehr begrenzt. Noch im November verkündete die Präsidentin bei einem Treffen mit Vertretern der Regierung nahestehenden tamilischen 'Tamil United Liberation Front' (TULF) erneut, daß sie mit der LTTE innerhalb eines festgelegten Zeitraums Verhandlungen aufnehmen würde und anschließend einen Waffenstillstand vereinbaren könnte. Nur wenige Tage später, am 22. November, vermeldete auch der Bischof von Mannar, Joseph, die LTTE wäre unter bestimmten Bedingungen zur Rückkehr an den Verhandlungstisch be-

reit. Anlässlich des Geburtstags von LTTE-Chef Prabhakaran am 26. November gab es hierzu sogar eine offizielle Stellungnahme, in der sie zu Verhandlungen aufrief. Prabhakaran selbst begrüßte Strategien, die eine Vermittlung durch Dritte vorsehen. Die Reaktion auf Seiten der Regierung hierzu blieb jedoch unklar, die oppositionelle UNP lehnt ohnehin jede gemeinsame Kooperation mit der Regierung in dieser Frage ab. Menschenrechtsgruppen, Friedensorganisationen und religiöse Führer hingegen begrüßten den positiven Tonfall der Äußerungen Prabhakarans. Die Mitglieder der Stadträte von Jaffna und Batticaloa verfaßten einstimmig Resolutionen, in denen die Regierung zur Wiederaufnahme von Gesprächen mit der LTTE aufgefordert wird.

Mehrere namhafte buddhistische Mönche, Kirchenvertreter, Schauspieler und andere öffentliche Persönlichkeiten nahmen am 11. November an der Gründungsversammlung für eine Friedensallianz ('Alliance for peace') in Colombo teil. Gegen Ende des Treffens begannen junge Mönche und zahlreiche Laien, aggressiv und mit lauten Rufen gegen einen Friedensprozess zu demonstrieren, schließlich kam es zu einem Handgemenge unter den Beteiligten. Unterstützer der Friedensallianz suchten die Urheber dieses Zwischenfalls mittlerweile in den Reihen des 'National Movement against Terrorism' (NMAT), einer Bewegung, die sich in jüngerer Vergangenheit immer wieder offen gegen alle Aktionen zur Befriedung des Landes und gegen Verhandlungen mit der LTTE gewandt hat. Flugblätter, die während der Veranstaltung in Colombo auftauchten, enthielten die Forderung der NMAT, Mitglieder von Friedensinitiativen zu inhaftieren. Dabei wurden auch einzelne Personen namentlich benannt.

Nur wenige Tage zuvor hatte die NMAT in einer Pressekonferenz wörtlich geäußert: "Wenn Regierung, Opposition oder irgendeine andere Gruppierung weiterhin die Sicherheit dieses Staates, seiner Menschen und der sinhalaischen Rasse aufs Spiel setzen, in dem sie unverantwortlichen, selbstmörderischen und zerstörerischen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Teilung dieses Landes Raum geben, werden wir, die wir gegen separatistischen Terrorismus sind, nicht ruhig zusehen."

Bereits im Herbst hatten sich srilankische Geschäftsleute zusammengeschlossen, um eine Friedensinitiative für ihr Land ins Leben zu rufen. Die Bemühungen, zunächst einmal Regierung und oppositionelle UNP hierzu an einen Tisch zu bringen, scheiterten bisher an der offensichtlich mangelnden Kooperationsbereitschaft der UNP. Derzeit versuchen die Geschäftsleute in getrennten

Gesprächen mit beiden politischen Lagern den Druck zu einer Lösung des Konflikts aufrecht zu halten.

Aus dem Ausland hat sich Großbritannien zu einer Vermittlerrolle bereit erklärt, die allerdings ausdrücklich von Seiten der Regierung in Colombo gewünscht werden müsse. Außenminister Kadirgamar war daraufhin außergewöhnlich deutlich: Sri Lanka sei nicht gewillt, Dritte als Vermittler zur Lösung des ethnischen Konflikts einzubeziehen. Man habe kein Vertrauen mehr in eine derartige Vermittlung, da in der Vergangenheit bei derartigen Vermittlungen viele neue Probleme aufgetaucht seien. Gespräche mit der LTTE seien in der Vergangenheit immer negativ verlaufen.

Auch Spekulationen um eine erneute Involvierung von Indien haben sich zerschlagen: Nach dem Besuch von Präsident Kumaratunga in Delhi zum Jahreswechsel, teilte sie in einer Pressekonferenz mit, daß Indien kein Interesse an einer Einmischung in interne Angelegenheiten Sri Lankas habe. Sie nutzte die Gelegenheit, der Vorgängerregierung der UNP die Schuld am Desaster der indischen Intervention zwischen 1987 und 1990 zu geben. "Damals mußte Indien sich einmischen", so Kumaratunga weiter, "da die UNP-Regierung das gesamte Thema falsch behandelt hat, aber heute haben die Tamilen in Indien und Sri Lanka Vertrauen darin, daß ihre Regierungen ihre Probleme lösen."

Bezüglich der für den ursprünglichen Ansatz einer stärkeren Autonomie der Provinzen in Sri Lanka gegenüber der Regierung in Colombo vorgeschlagenen Verfassungsreformen gibt es nur noch Stillstand. Anstatt sich um eine Einigung und Konsens zwischen den im Parlament vertretenen Parteien zu bemühen, hört man von Seiten der regierenden PA lediglich Äußerungen, daß "wir alternative Methoden zur Einführung einer Verfassungsänderung gefunden haben". Offensichtlich ein Versuch, die Vorschläge am Parlament vorbei in Kraft zu setzen, der bei vielen demokratischen Kräften im Land die Alarmglocken schlagen lassen wird.

### Besuch südafrikanischer Parlamentarier

Eine Gruppe von Parlamentsangehörigen aus Südafrika besuchte Anfang Dezember Sri Lanka, um mit einem breiten Spektrum von politischen Führern und anderen Personen in Schlüsselpositionen zusammenzutreffen. Die Delegation, in der Angehörige verschiedener südafrikanischer Parteien vertreten waren, traf sowohl mit Regierungsvertretern wie auch srilankischen Oppositionspolitikern verschiedener Parteien zusammen. Unter den Delegierten war

auch Dr. Rajoo, Vorsitzender der südafrikanischen Nationalversammlung, der für sein starkes Interesse an srilankischen Angelegenheiten bekannt ist und von vielen als Repräsentant für die ca. 600.000 Tamilen in Südafrika betrachtet wird.

Bestandteil des Besuchs war auch eine Reise nach Jaffna, um dort mit Sicherheitskräften, politischen und religiösen Führern (u.a. mit dem Bischof von Jaffna, Dr. Thomas Savundranayagam), aber auch mit der dortigen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Ein Zusammentreffen mit Vertretern der LTTE fand - zum allgemeinen Bedauern der Delegationsmitglieder - nicht statt.

Der Besuch in Sri Lanka fand auf Einladung des srilankischen Außenministers, Lakshman Kadirgamar, statt, der sich selbst noch im November zu einem Besuch in Südafrika aufgehalten hat, um mit der dortigen Regierung über die zunehmenden Aktivitäten der LTTE in Südafrika zu diskutieren. Vor der Abreise betonte der Delegationsleiter, Ibrahim, daß sie Präsident Mandela, der südafrikanischen Regierung und allen Parteiführern ausführlich über ihre Eindrücke und auch über die Dringlichkeit einer Friedenslösung in Sri Lanka berichten würden. Die Delegation werde die südafrikanische Regierung dazu drängen, alles Notwendige zur Erleichterung eines Friedensprozesses in Sri Lanka zu unternehmen. Er wies jedoch auch daraufhin, daß Sri Lanka das letzte Wort in einem Vermittlungsversuch haben sollte.

### Obdachlos nach Überschwemmung

Unmittelbar nach Jahresbeginn wurden im Norden und Osten Sri Lankas mehr als 23.000 Familien obdachlos, nachdem schwere Regenfälle für Überschwemmungen gesorgt hatten. Das Wasser überflutete Reisfelder mit einer Gesamtfläche von etwa 2.000 ha.

Die Überschwemmungen betrafen im wesentlichen die Distrikte von Trincomalee und Vavuniya, erste intensive Regenfälle gingen bereits während der letzten Dezemberwoche auf diese Gebiete nieder.

### Neues Budget vorgestellt

Zu Beginn des Monats November präsentierte die Regierung ihren fünften Haushaltsplan seit Übernahme der Regierung 1994. Angekündigt durch den stellvertretenden Finanzminister, G.L. Peiris, der den Plan auch im Parlament vorstellte, handelt es sich um das Budget, das "Sri Lanka in das 21. Jahrhundert und darüber hinaus" bringen soll.

Entsprechend den Ausführungen von Peiris hat Sri Lanka im vergangenen

Jahr ein Wirtschaftswachstum von 6,4 Prozent erlebt. Dabei haben sich gleichzeitig die öffentliche Verschuldung, die Inflationsrate und Zinssätze verringert. Preisrückgänge bei Rohöl, Zucker und Weizen haben zu weiteren Verringerungen bei den Ausgaben geführt.

Der neue Haushalt sieht umfassende Maßnahmen für die Entwicklung städtischer Bereiche, regionale Industrialisierung, Arbeitsplatzbeschaffung und Ausbildung vor. Für Jugendliche sollen in den kommenden zwei Jahren 150.000 bis 225.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Peiris kündigte auch zusätzliche Ernährungsprogramme für Schulkinder und spezielle Essensmarken im Wert von umgerechnet 2 Millionen DM für Familien, die dem 'Samurधि' Programm unterliegen, an.

Unterschiedliche Wirtschaftszweige sollen Steuererleichterungen erhalten. Da die Regierung den Sektor Informationstechnologie als Schlüsselparte der Wirtschaft identifiziert hat, erhalten Ausbildungseinrichtungen mit Kursen für Elektronik, Computer, aber auch für Edelsteine und Schmuckbearbeitung eine fünfjährige Steuerbefreiung.

Als Ausgaben für das Verteidigungsministerium sieht der Plan 1,175 Milliarden DM für 1999 vor. Der inzwischen beim Verkauf auf viele Produkte erhobene Aufschlag eines Unterstützungsbeitrags für die Verteidigung soll von derzeit 4,5 Prozent auf 5,5 Prozent angehoben werden.

1999 steigt der Preis für Postsendungen erneut. Der Preis für eine Briefsendung wird sich von 2,50 Rupien auf 3,50 Rupien erhöhen. Höhere Steuersätze gibt es außerdem für ausländische Spirituosen und auch Zigaretten werden teurer.

Noch während der Parlamentsdebatte wurden einige Inhalte des Haushaltsplans verändert. Der ursprüngliche Plan der Regierung einer Verteuerung von Eisenbahntickets um 25 Prozent wurde fallengelassen, ebenso eine Reduzierung der zollfreien Einfuhr von Waren für srilankische Arbeitnehmer im Ausland.

Die Debatte nahm zeitweise tumultartige Zustände an. Mehrfach mußte die Sitzung zur Wiederherstellung der Ordnung unterbrochen werden. Der Plan wurde schließlich nach drei Lesungen mit einer Mehrheit von 38 Stimmen verabschiedet. Für den Entwurf stimmten 124 Abgeordnete der PA, EPDP, DPLF und CWC, 86 Gegenstimmen kamen von UNP, TULF und TELO.

### Freihandelsabkommen mit Indien

Am 28. Dezember unterzeichnete die srilankische Präsidentin Kumaratunga in Neu Delhi ein bilaterales Freihandelsabkommen mit Indien, welches beiden Na-

tionen leichterem Zugang zu den Absatzmärkten des Partnerlandes geben soll. Von offizieller srilankischer Seite wurde das Abkommen in höchsten Tönen gelobt. Offizielle Stimmen erklärten, hiermit werde ein neues erfolgreiches Kapitel der Beziehungen zwischen Indien und Sri Lanka aufgeschlagen. Der indische Außenminister Jaswant Singh sprach von "ökonomischem Fortschritt durch ökonomische Integration". Die Vereinbarung sieht einen schrittweisen, aber vollständigen Abbau der Einfuhrgebühren für Waren innerhalb der nächsten drei Jahre (Import srilankischer Waren nach Indien) bzw. acht Jahren (Einfuhr indischer Güter nach Sri Lanka) vor. Landwirtschaftliche Produkte und Fisch sind von dieser Regelung allerdings ausgenommen.

Im Gegensatz zu den offiziellen Stellungnahmen zeigten sich srilankische Geschäftsleute, Industrielle und Wirtschaftsexperten sehr kritisch. Ihrer Ansicht nach unterminiere das Abkommen die srilankische Wirtschaft und lokale Unternehmen. Indische Produkte könnten jetzt noch stärker den srilankischen Markt überfluten.

Im Zeitraum von 1990 bis 1996 stiegen die Importe von Indien nach Sri Lanka bereits um 566 Prozent an. Der Einfuhr von indischen Waren im Wert von 900 Millionen DM zwischen April

1997 und März 1998 stehen srilankische Ausfuhren nach Indien von nur 68 Millionen DM gegenüber. In Indien wurden umgekehrt ebenfalls Befürchtungen bezüglich einer Überflutung mit srilankischen Produkten laut.

Politische Beobachter verstehen letztlich das Abkommen mehr als eine Absichtserklärung, zu deren Umsetzung noch zahllose Details ausgehandelt werden müssen. Im Vordergrund stehe wohl eher die symbolische Bedeutung einer Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

### Hoffnung auf Investitionen

Bei der Suche nach zukünftigen Investoren aus dem Ausland will Sri Lanka sich 1999 weniger auf asiatische und mehr auf westliche Länder konzentrieren. Als Folge der wirtschaftlichen Krisensituation in zahlreichen südost- und ostasiatischen Ländern hat das srilankische 'Board of Investment' (BoI) sich im neuen Jahr vor allen Dingen die USA, Deutschland und Italien als Herkunftsländer für neue Investitionen und Projekte ausgesucht. "Wir hoffen auf mindestens 320 Millionen DM an ausländischen Investitionen", erklärte ein Sprecher des BoI. Im vergangenen Jahr lag die Summe externer Investitionen in Sri Lanka bei etwa 250 Millionen

DM. Viele Projekte, vor allen Dingen malaysischer und koreanischer Firmen (Straßenbau, Stahlherstellung, Schiffbau), konnten 1998 nicht realisiert werden.

### "Wiedergeburt"

Seit Anfang Januar ziehen Scharen von Menschen in das kleine Dorf Kottala im Landesinneren Sri Lankas, um dort einen zweijährigen Jungen zu bewundern, der als Wiedergeburt des ehemaligen Präsidenten Ranasinghe Premadasa gilt. Premadasa war während einer Parade zum 1. Mai 1993 von einem Selbstmordkommando mutmaßlicher LTTE-Angehöriger ermordet worden.

Die Berichte lokaler Zeitungen melden, daß Sampath Wijebahu seine Eltern mit Erzählungen über Details aus Premadasas Leben überraschte. Während regelmäßiger religiöser Gebete um drei Uhr morgens zeige er immer wieder auf eine Münze mit dem Portrait des verstorbenen Präsidenten und erkläre dabei: "Das bin ich!". Der kleine Junge könne auch das Haus von Premadasa beschreiben und kenne die Namen aller Familienangehörigen einschließlich der Ehefrau Premadasas.

## Ist die LTTE eine hinduistische Sekte?

Kurze und endgültige Replik auf Cherans Artikel in 'Südasiens' 6/98, S. 9-11.

1. Wiederum hat Cheran nicht eine einzige Quelle angeführt, die es erlauben würde, die offizielle Religionspolitik der LTTE als shivaistisch zu klassifizieren. Seine "Replik" ist deshalb völlig sinnlos. Man könnte mit Cherans Methode auch "beweisen", daß die LTTE katholisch oder protestantisch sei, weil die LTTE von Katholiken und Protestanten unterstützt wird. Wiederum zitiert Cheran nur aus Zeitschriften tamilisch-politischer Subkulturen, in denen tatsächlich viel Eigentümliches steht. Er zitiert aber nicht aus dem offiziellen Organ der LTTE, dem 'vitutalaip pulikal', weil seine Behauptung dort auf jeder Seite widerlegt wird. Er scheint 'vitutalaip pulikal' überhaupt nicht zu kennen. Cheran scheint auch nicht die Redensammlung 'enatu makkalin vitutalaikkaka' Veluppillai Pirapakarans von 1993 zur Kenntnis genommen zu haben, in der jede explizite Identifizierung der LTTE mit einer shivaistischen Sekte fehlt. Cherans Beweisführung wäre nur dann plausibel, wenn er auf offizielle Schriften der LTTE verweisen könnte, ausschließlich "kanonische".

An sich ist es leicht, explizite Aussagen

zur Religionspolitik zu registrieren. Wenn man allerdings implizite Zusammenhänge - etwa in den Reden Veluppillai Pirapakarans - erkennen will, sind demgegenüber andere Methoden erforderlich. An anderer Stelle habe ich versucht, sechs verschiedene Einflüsse herauszuarbeiten. So ist der Begriff des Märtyrers der LTTE einerseits sehr vom Christentum beeinflusst, andererseits aber auch von der 'Bhagavadgita'. Diese Einflüsse spiegeln das synkretistische Milieu wider, in dem Veluppillai Pirapakaran seine Lehre vom Märtyrertum verbreitet; diese Lehre ist aber von der offiziellen Religionspolitik in Bezug auf das Verhältnis von Staat und Religion der LTTE zu unterscheiden.

2. Wiederum verstümmelt Cheran das Zitat über Hitler so, daß er den Pariser Hindus nazistische Ansichten unterstellen kann. Er weigert sich, das Zitat ganz widerzugeben, was ich aber tat. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Hindus die Ermordung von sechs Millionen Juden strengstens verurteilen. Wäre ich einer dieser Hindus, würde ich Cheran wegen übler Nachrede gerichtlich verklagen.

3. Cheran versucht, meine wissenschaftliche Akribie in Frage zu stellen, indem er behauptet, er habe noch nie eine tamilische Veröffentlichung von 'Atel Palacin-

kam' (Adele Balasingham, d.Red.) zu Gesicht bekommen, von der ich behauptete, daß es sie gebe. Es ist zwar ehrlich, solche Unkenntnis offen zu bekunden, das kann aber nicht ohne Konsequenz für die Beurteilung von Cherans Bildungsniveau bleiben. Hier folgt das Beispiel, das er sucht: 'A Palacinkam, penkalum puratciyum tamilila vitutalai porattil penkalin panku'. Es ist von der LTTE im Jahre 1984 - wahrscheinlich in Yalppanam (Jaffna, d.Red.) - herausgegeben worden. Es ist illustriert und hat 32 Seiten.

Cherans Antwort enthält keine einzige Tatsache, die nicht schon ad nauseam anderswo behandelt worden wäre. Seine langen ideologisch-normativen Stellungnahmen sind mit wissenschaftlicher Tätigkeit und kritischem Journalismus unvereinbar. Seine Quellenverfälschung wird nur noch schlimmer, indem er sie wiederholt. Seine beleidigenden Äußerungen machen eine weitere Diskussion leider unmöglich. Die Antwort Cherans auf meinen Artikel hat mich in der Auffassung bestätigt, daß er sich doch lieber der Poesie als dem kritischen Journalismus widmen sollte. Zur kritischen Wissenschaft fehlen Cheran jedenfalls alle Voraussetzungen.

Prof. Dr. Peter Schalk  
(siehe dazu auch die Ausgaben 4 & 5/98)